

## **SPERRFRIST: 1. Mai 2023, Redebeginn**

### **REDE zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2023 in Salzgitter**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Anja Piel**

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen herzlichen Dank für eure Einladung zum 1. Mai!

Auch deshalb, weil ich seit drei Jahren sehr eng mit dem Standort, durch mein Mandat im Aufsichtsrat der Salzgitter AG, verbunden bin.

Die letzten Jahre sind geprägt durch Krisen und Herausforderungen: Auf die Corona-Pandemie folgte Putins Angriffs-Krieg in der Ukraine. Für uns bedeutete das: Energiekrise, hohe Inflation und zusätzlich durch die drei großen D – Dekarbonisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel, auch heftige Veränderungen in der Arbeitswelt. All das macht viele von uns zu Recht unsicher und führt zu existentiellen Sorgen.

Wir Gewerkschaften stehen in und außerhalb von Krisen sicher an eurer Seite! Gemeinsam setzen wir am Tag der Arbeit ein sichtbares Zeichen für eine gerechte und friedliche Zukunft, für einen Sozialstaat, der trägt, und eine Daseinsvorsorge, die alle erreicht.

Ich möchte dazu gern Volkmar Wolf, Bundesjugendsekretär der NGG, zitieren: „Eines ist sicher, wir werden nur gemeinsam erfolgreich sein – nicht jeder für sich im Betrieb, nicht jeder für sich als Betriebsrat, sondern erst, wenn wir als große Familie zusammenhalten.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, er hat damit so recht!

Denn nur GEMEINSAM sind wir ungebrochen solidarisch!

Weil wir nur gemeinsam erfolgreich sind! Nur gemeinsam hat der Kampf für Entlastungen funktioniert. Energiepreislösung oder Einmalzahlungen an Beschäftigte, Rentner\*innen und Studierende hätte es ohne uns nicht gegeben.

Wir haben in der Zeit des Abstandhaltens gleichzeitig mit aller Kraft dafür gestritten, dass Beschäftigtenrechte nicht unter die Räder kamen, nicht in den Kliniken, den Kindergärten, den Schulen, nicht auf der Hütte, am Band, oder im Home Office.

Um das Kurzarbeitergeld werden wir von vielen europäischen Nachbarn beneidet und ja es hat gewirkt und für viele Arbeitslosigkeit verhindert. Und auch wenn ein Mindest-KUG nicht mehrheitsfähig war, so hat doch der erleichterte Zugang zur Grundsicherung von Vielen bitterste Not abgewendet. Mit der Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro und dem Bürgergeld haben wir erreicht, dass viele Menschen mit geringem Einkommen jetzt besser dastehen.

Was uns als Gewerkschaften ausmacht, ist, dass wir für unsere großen Ziele immer wieder die Kraft der Vielen bündeln, um Lösungen zu finden. Das ist unser Weg, streitbar, widerständig aber immer willens, gemeinsam nach vorn zu blicken, um etwas zu verändern. Deshalb kämpfen wir für Tarifverträge und für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Geld im Portemonnaie von Millionen Beschäftigten.

Und dennoch zeigen uns die Krisen die Lücken in der Gerechtigkeit. Die eh schon wenig haben, sind auch in der Krise die größten Verlierer\*innen. Die Geschichte zeigt uns, dass die Reichen in Krisenzeiten profitieren – und die Beschäftigten die Kosten tragen. Mit dieser Umverteilung nach oben muss jetzt endlich Schluss sein!



Gemeinsam stehen wir deshalb auch gegen Privatisierungen, z. B. bei Krankenhäusern, Kitas und Schulen – sie haben noch nie zu effizienteren und günstigeren Angeboten, geschweige denn Kostensenkungen, geführt.

Beschäftigten in den privatisierten Bereichen erleben oft Lohndumping und eine Abwärtsspirale bei den Arbeitsbedingungen. „Arm trotz Arbeit“ trifft inzwischen für viele Kolleg\*innen dieser Bereiche zu. Für mehr Wohlstand muss die flächendeckende und bezahlbare Versorgung mit Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wieder eine zentrale Aufgabe des Staates werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

zu einem starken Sozialstaat gehört auch eine starke Rente! Nach einem langen Arbeitsleben muss die Rente reichen. Auch wenn es Lücken gab wegen Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, Pflege, Bildung. Deswegen ein doppeltes Leistungsziel: Die Rente muss den erreichten Wohlstand sichern, also bei höherem Lohn auch höher sein. Und sie muss über dem Existenzminimum liegen, auch wenn der Lohn niedrig war oder es viele Lücken gab.

Die andauernden Vorschläge für arbeiten bis 70 hängen mir wie euch aus den Ohren raus – wer länger arbeiten will, kann das jetzt schon. Eine allgemeine Anhebung des Rentenalters ist aber unsozial und ungerecht.

Wir lehnen deshalb ein höheres Rentenalter strikt ab. Das wäre eine massive Rentenkürzung, von der die Unternehmen maximal profitieren. Weil viel zu viele Kolleg\*innen dabei aber auf der Strecke bleiben würden, und es nicht mal bis 65 gesund schaffen, geschweige denn bis 67, deswegen brauchen wir solche Vorschläge aus dem Elfenbeinturm eben gerade nicht.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

was endlich kommen muss, ist eine vernünftige Kindergrundsicherung!

Jedes fünfte Kind wächst in Armut auf. Das ist in einem reichen Land wie Deutschland ein Skandal. Nicht mitspielen zu können, außen vor zu bleiben, für die Schulaufgaben kein Tablet zu haben – Kinderarmut ist bitter und folgens schwer. Kinderarmut bedeutet nicht nur Mangel und Ausgrenzung im Hier und Jetzt – Armut raubt den Kindern Zukunfts- und Entwicklungschancen! Deshalb muss die Ampel jetzt aber schnell die versprochene Kindergrundsicherung auf den Weg bringen.

Nur mit einer ordentlich finanzierten Kindergrundsicherung können wir endlich die Kinderarmut überwinden. Und ja, das kostet Geld. Was uns alle aber viel teurer kommt, ist es, nichts zu tun und Kinderarmut weiter zuzulassen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

aktuell könnt ihr durch eure Mitbestimmung einen Teil zur Stärkung unseres Sozialstaats beitragen. Die Eine oder der Andere von Euch wird Post mit den Unterlagen für die Sozialwahlen von der Deutschen Rentenversicherung Bund, der Techniker Krankenkasse, der BARMER, der DAK-Gesundheit oder der Kaufmännischen Krankenkasse bekommen haben.



Ihr könnt hier also aktiv mitbestimmen und gewerkschaftliche Selbstverwalter\*innen wählen, damit sie ihren Einfluss bei den Sozialversicherungsträgern geltend machen. Jede und jeder, die oder der von Gewerkschaftsseite mehr dabei ist, setzt sich dafür ein, dass die Interessen der Beschäftigten durchgesetzt werden.

Wählt und bestimmt aktiv mit! Macht euer Kreuz bei den Listen eurer Gewerkschaft!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass sich die Arbeitswelt wandelt, brauche ich euch hier an einem großen Stahl-Industriestandort nicht erzählen. Wofür ihr hier seit Jahren kämpft: Menschen müssen im Umbruchsprozess ihren Platz finden! Mitten in der Transformation sind wir als Gewerkschaften und die vielen tollen, engagierten Betriebsräte die Anwälte der Beschäftigten, die alle mitnehmen wollen. Wir können zwar keine Arbeitsplatzgarantie aussprechen, aber wir können Perspektiven aufzeigen, z. B. durch Weiterqualifizierungen und mit guten Angeboten für lebensbegleitendes Lernen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der Arbeitsmarkt hat sich zu einem Arbeitnehmer\*innenmarkt entwickelt. Nur, liebe Kolleg\*innen: Dazu passt nicht, wenn Arbeitgeber über flächendeckenden Fach- und Arbeitskräftemangel jammern – aber die Reallöhne sinken; wenn immer noch Millionen Menschen arbeitslos sind; wenn jedes Jahr Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden; wenn Ältere schlechte Karten im Vorstellungsgespräch haben und wenn Frauen viel zu oft gegen ihren Willen in der Teilzeitfalle und der Minijob-Sackgasse feststecken!

Und das könnte auch bei der BDA mal einsickern, dass Sprüche wie „es braucht mehr Bock auf Arbeit“ und der ständige Ruf nach einem späteren Renteneintritt oder so Vorschläge, dass einfach mal mehr Stunden gearbeitet werden müssen und weniger Kolleg\*innen in Teilzeit gehen sollen, komplett daneben sind – denn das bringt nicht mehr Fachkräfte.

Wie weit weg von der realen Arbeitswelt sind solche Leute eigentlich mittlerweile? Fachkräftegewinnung gelingt doch am Ende nur durch gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne und gute Tarifverträge- und nicht durch heiße Luft und dumme Sprüche!!!

Deshalb sagen wir auch: Finger weg vom Streikrecht! Denn wer am Streikrecht rüttelt, gefährdet den sozialen Frieden. Das Streikrecht ist für Sozialstaat und Demokratie von zentraler Bedeutung. Es ist ein Grundpfeiler sozialer Demokratie! Auf den Ruf von Arbeitgeber\*innen nach einer Reform des Streikrechts gibt es nur eine passende Antwort: Eine Einschränkung ist mit dem Freiheitsrecht des Grundgesetzes nicht vereinbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

immer wieder hieß es in den letzten Wochen, die aktuellen Streiks und Lohnforderungen der Gewerkschaften seien überzogen und die Gewerkschaften sollten sich mal zurückhalten.

Wir sagen: Im Gegenteil – als Antwort auf die Krisen braucht es starke Tarifergebnisse.

Und ganz ehrlich, ohne den Druck durch die vielen Gewerkschaftsmitglieder hätte es die nötige Bewegung in den Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst nicht gegeben: Erst das große Engagement der



Mitglieder von ver.di und der GEW sowie die Warnstreiks, an denen sich eine halbe Million Kolleg\*innen in den Wochen vor der Schlichtung beteiligt haben, haben diese Einigung überhaupt möglich gemacht.

Und an der Stelle wünsche ich auch den Kolleg\*innen von der EVG, die aktuell gleichzeitig in Verhandlung mit der Deutschen Bahn sind, viel Kraft und einen zukunftsweisenden baldigen Abschluss! Aber natürlich auch allen anderen Mitgliedsgewerkschaften, die regelmäßig an den unterschiedlichsten Stellen in Tarifverhandlungen sind.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir sehen sehr genau hin, wer sich heute gegen eine Erhöhung der Tarifbindung aufstellt. Für schnelle Gewinne wird nach Menschen für Helfertätigkeiten gerufen, wo die Kolleg\*innen schlimmstenfalls in Arbeitsausbeutung und prekärer Beschäftigung landen und ihre Rechte mit Füßen getreten werden. Bei diesem bösen Spiel machen wir nicht mit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und natürlich wird es gezielte Anwerbung und Vermittlung von Fachkräften brauchen. Aber dafür braucht es auch eine umfangreiche Willkommenspolitik, erleichterte Visa- und Anerkennungsverfahren und faire, gesetzliche Spielregeln für Vermittlungsagenturen und Arbeitgeber.

Wir stehen hier als Gewerkschaften solidarisch zusammen. Für Gute Arbeit für alle, für die, die schon hier sind, und die zum Arbeiten zu uns kommen. Nur so werden wir die Fachkräftengpässe von heute und morgen bewältigen und die Klima- und Energiewende meistern.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

gute Arbeitsbedingungen sichern Fachkräfte! Ihr von Verdi habt eure Leute befragt: 300.000 Pflegekräfte würden in ihren Beruf zurück – wenn sich endlich die Bedingungen deutlich verbessern. Pflegekräfte aus dem Ausland holen, in der Hoffnung, die werden die miesen Bedingungen schon schlucken, ist erstens eine Schweinerei gegenüber den Kolleg\*innen und zweitens völlig illusorisch.

Deshalb lautet unsere klare Ansage: Rauf mit den Löhnen! Gute Tarifverträge abschließen! Gute und moderne Arbeitsbedingungen schaffen!

Wer Fachkräfte will, muss auch ausbilden! Von dem Tiefstand bei den Ausbildungsverträgen in der Pandemie haben wir uns immer noch nicht wieder erholt. Jedes Jahr verlieren wir viel zu viele junge Menschen im Übergang zwischen Schule und Beruf. Letztes Jahr sind wieder 230.000 Menschen in einem „Übergangsbereich“ ohne Abschluss gelandet. Für Arbeitgeber muss es endlich heißen: Schluss mit der Rosinenpickerei! Ausbildung muss attraktiv sein und das gelingt nur durch optimierte Bewerbungsverfahren, gute und moderne Ausbildungsbedingungen und gute Bezahlung!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

und ja, ich bin mir weiterhin bewusst, dass wir in einer Zeit tiefer Umbrüche leben. Die gesamte Wirtschaft wird sich ändern müssen, damit wir den Klimawandel aufhalten. Diese Transformation müssen wir gemeinsam gestalten.



Zu diesem Thema habe ich mich auch noch vor zwei Wochen mit Betriebsräten der Salzgitter AG ausgetauscht. Die Energiekrise als Folge des Krieges gegen die Ukraine setzt vielen Unternehmen schwer zu. Der Staat muss den Unternehmen mit umfangreichen Subventionen helfen.

Dabei muss aber klar sein: Unternehmen dürfen nicht einfach vom Staat Geld geschenkt bekommen. Wenn wir als Gesellschaft ein Unternehmen subventionieren, dann können wir im Gegenzug erwarten, dass dieses Unternehmen seiner sozialen Verantwortung gerecht wird. Ein Unternehmen, das staatlich unterstützt wird, muss sich also verpflichten, seine Standorte hier zu erhalten, Arbeitsplätze zu garantieren und gute Arbeitsbedingungen zu sichern. Und die gesamte Wertschöpfungskette am Standort zu sichern!

Und das Wichtigste: Ohne Tarifverträge und ohne Mitbestimmung keine staatliche Hilfe! Ökologische Transformation, Standortsicherung und Gute Arbeit gehören für uns untrennbar zusammen!

Und wie ihr selbst erlebt, kann es ja funktionieren. Erst zwei Wochen ist es her, dass es grünes Licht für grünen Stahl in Salzgitter gab. Der Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck übergab der Salzgitter AG einen Förderbescheid in Höhe von rund einer Milliarde Euro. Mit moderner Technik unterstützt somit die Salzgitter AG das langfristige Ziel die Schaffung einer kohlenstofffreien Wirtschaft im Rahmen der Energiewende.

Und gleichzeitig können damit die Zukunft des Stahlstandortes Deutschland und damit auch zahlreiche Arbeitsplätze langfristig gesichert werden. Salzgitter kann jetzt in die Umsetzungsphase gehen und dieses Leuchtturmprojekt realisieren. Das ist ein entscheidender Schritt auf dem Transformationsweg zu grünem Stahl.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Mitbestimmung ist gelebte Demokratie im Betrieb. Und an dieser Stelle möchte ich auch einfach mal allen danken, die sich täglich in den Betriebsratsgremien engagieren und sich auch der Wahl im letzten Jahr erfolgreich gestellt haben. Danke für eure Aktivitäten in diesen schweren Zeiten, danke, dass ihr euch stark macht für die Interessen der Kolleg\*innen, danke, dass ihr die starke Stütze im Betrieb seid!

Aktuell werden aber weniger als die Hälfte aller Beschäftigten in betriebsratsfähigen Betrieben von einem Betriebsrat vertreten. Damit werden dieser Hälfte der Beschäftigten demokratische Grundrechte vorenthalten. Fehlende Mitbestimmung heißt schlicht und ergreifend weniger Demokratie.

Außerdem schadet das Fehlen der Mitbestimmung der Wirtschaft, der Umwelt und dem sozialen Zusammenhalt. Wissenschaftliche Studien zeigen: Mitbestimmte Betriebe und Unternehmen sind nachhaltiger und ökonomisch erfolgreicher.

Wenn wir die Transformation erfolgreich bewältigen wollen, benötigen wir mehr und nicht weniger Mitbestimmung. Dann benötigen wir mehr und nicht weniger Demokratie. Und deswegen kann ich euch auch nur bestärken in eurer Arbeit und ich bin sehr froh, dass ihr es seid, die die Wahlen gewonnen haben und rechten Listen den Schneid abgekauft habt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

und die Behinderung von Betriebsratswahlen und Betriebsratsarbeit muss endlich wirksam unterbunden werden.



Wir benötigen eine umfassende Reform der Betriebsverfassung, die echte Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Zukunftsthemen vorsieht. Die letzte Neufassung des Gesetzes ist von 1972 – da wechselte man gerade vom Rechenschieber zum ersten Taschenrechner!

Der DGB hat dazu einen fertigen Gesetzesentwurf vorgelegt. Die Ampel muss ihn nur noch umsetzen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

auch Arbeitgeber\*innen sollten den Wert von Tarifverträgen kennen: Sie schaffen gutes Betriebsklima, zufriedene Beschäftigte und garantieren Unternehmen gleiche Wettbewerbsbedingungen.

Doch was machen viele der Arbeitgeber\*innen stattdessen? Sie versuchen, sich der Tarifbindung zu entziehen. Es ist eine Riesensauerei, wenn Arbeitgeber\*innen ein tarifgebundenes Unternehmen umstrukturieren, Ausgliederungen vornehmen und Teile der Belegschaft in diese neuen Firmen auslagern, für die dann auf einmal kein Tarifvertrag mehr gilt.

Wir brauchen Schutz durch Tarifverträge auch bei Betriebsübergängen, Outsourcing und Umstrukturierungen. Wir brauchen die Weitergeltung des Tarifvertrags auch in diesen Situationen – bis ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen ist. Das möchte die Bundesregierung angehen und wir schauen da ganz genau hin! Der Staat selbst muss mit gutem Beispiel vorangehen. Wir fordern ein Bundestariftreuegesetz! Kein Staatsgeld für Unternehmen ohne Tarif!

Für uns ist klar: Der gesamte Tarifvertrag muss bei der Vergabe angewandt werden. Und wir brauchen regelmäßige Kontrollen. Es darf nicht sein, dass die Regeln umgangen werden, indem man Aufträge über Sub-Vergaben und Sub-Sub-Sub-Vergaben auslagert. Auch für Nachunternehmen muss die Tariftreue gelten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir als Gewerkschafter\*innen stehen solidarisch für eine vielfältige Gesellschaft und setzen uns gemeinsam aktiv für Vielfalt und Demokratie und gegen jede Form der Diskriminierung ein.

Bei der Bekämpfung von Diskriminierung ist die Arbeitswelt zentral. Die Vielfalt der Beschäftigten in Deutschland ist unsere Stärke! Sowohl die Betriebe als auch einzelne Beschäftigte tragen die Verantwortung dafür, dass am Arbeitsplatz Respekt und Gleichberechtigung gelebt werden. Das ist auch ein Kernanliegen von Betriebsrät\*innen, die sich unermüdlich für die Belange der Arbeitnehmer\*innen einsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wichtig zu wissen: Die konkreten Erfahrungen der Menschen am Arbeitsplatz haben einen entscheidenden Einfluss auf ihre demokratischen Werte und Haltungen. Wer seinen Arbeitsplatz als unsicher und schlecht bezahlt wahrnimmt; wer sich in den Transformationsprozessen allein und ihnen schutzlos ausgeliefert fühlt, und wer große Sorgen und Abstiegsängste verspürt, der äußert häufiger antidemokratische Einstellungen.

Gute Arbeit und Mitbestimmung, etwas zum Besseren bewirken zu können, schützen vor antidemokratischen Einstellungen.



Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe in Gesellschaft, Betrieb und Gewerkschaft, unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung, ethnischer Herkunft und Nationalität, Religion und Weltanschauung gehören zur DNA der Gewerkschaften. Wir haben alle die gleichen Rechte! Und wir sind alle anders und das ist gut so: Nur gemeinsam sind wir stark!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Demokratie, Mitbestimmung und Vielfalt liegen euch, liegen uns allen am Herzen, das konnte ich am 11.04. sehen, als ich die ehrenvolle Möglichkeit hatte, als Hauptrednerin bei der Gedenkveranstaltung zur Befreiung des ehemaligen KZ Drütte auf dem Gelände der Salzgitter AG zu sprechen.

Uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern wird an jedem 1. Mai wieder schmerzlich bewusst, was im Jahr 1933 dem „Tag der Arbeit“ folgte. Denn dies war das dunkelste Kapitel in der Geschichte der freien Gewerkschaften. Am 2. Mai stürmten vor genau 90 Jahren Nationalsozialisten im ganzen Land Gewerkschaftshäuser, Büros und Wohnungen. Gewerkschafter\*innen, die sich der Gleichschaltung der Gewerkschaften widersetzen, wurden verschleppt, gefoltert und ermordet.

Für uns ist das Anlass zur Erinnerung – selbstkritischer Erinnerung. Wir fragen danach, ob die Gewerkschaften mehr gegen den Nazi-Terror hätten ausrichten können. Wir erinnern aber auch an die vielen tapferen Männer und Frauen, die für die Idee freier Gewerkschaften Repressalien, Folter und Tod auf sich genommen haben. Die DGB-Gewerkschaften haben aus der nationalsozialistischen Verfolgung und Unterdrückung die Lehre der Einheitsgewerkschaft gezogen. Nichts darf uns spalten und schwächen!

Gemeinsam gedenken wir heute aber nicht nur der ermordeten Menschen hier, sondern aller Opfer von Gewalt. Und auch wenn der Holocaust in seinem Schrecken beispiellos ist, so kennt auch jeder andere Krieg keine Gewinnerinnen und Gewinner. Gemeinsam stehen wir deshalb heute nicht nur für ein Ende des Krieges in der Ukraine, sondern wir stehen Seite an Seite für eine offene Gesellschaft mit Respekt! So trägt das Mai-Motto „Ungebrochen solidarisch“ auch eine Botschaft des 2. Mai in sich. Solidarität verpflichtet uns immer wieder neu zu entschlossenem Handeln gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Intoleranz.

Wir haben gemeinsam noch reichlich Arbeit vor uns. Aber mit geeinten Kräften sind wir wirkmächtig und an solch einem Tag, heute und hier mit euch gemeinsam auf der Straße zu stehen, um die Interessen der vielen Beschäftigten sichtbar zu machen, gibt mir die positive Energie für unsere Interessen einzustehen!

Denn eins ist klar: Wir stehen zusammen, nicht nur am 1. Mai, sondern 365 Tage im Jahr.

Packen wir es an, gemeinsam! Danke für Euer tägliches Engagement!

Glück Auf!